

## **Ist Privatisierung im öffentlichen Bereich nötig?**

Vor kurzem habe ich in der Fachzeitschrift „Facility Services“ Nr. 3, Juni 2009 eine Rede der Präsidentin des Reinigungsunternehmerverbands „Allpura“ gelesen. In dieser Rede berichtete die Präsidentin die „Privatisierungsquote im öffentlichen Bereich ist etwas skandalös“ (Zitat). Damit meinte sie, dass in öffentlichen Gebäuden zuviel Eigenleistung erbracht werde, statt zu Outsourcen (Die Arbeit an einen Drittanbieter vergeben). Im Weiteren behauptete sie in diesem Zusammenhang, dass die privaten Reinigungsunternehmen effizienter und kostensparender arbeiten würden und die öffentliche Hand somit zuviel Geld für die Reinigung verschwenden würde.

Ob ein Hauswart- oder Reinigungsteam effizient arbeitet, hängt von verschiedenen Faktoren ab. Erstens müssen die richtigen Leute (Ausbildung) am richtigen Ort (Anforderungen der Arbeit) eingesetzt werden. Die Arbeitsplanung spielt ebenfalls eine wichtige Rolle. Da öffentliche Arbeitgeber in der Regel mehrere Gebäude zu unterhalten haben, ist der vielseitige Personalbestand auf verschiedenen Stufen meist gesichert. Ein weiterer Faktor der effizienten Arbeit ist die Stellenprozentberechnung. Dafür gibt es verschiedene professionelle Unternehmen mit entsprechender Erfahrung.

Durch den meist hohen Liegenschaftsbestand im öffentlichen Bereich können auch nötige Maschinen vernünftig amortisiert und unterhalten werden. Private Unternehmen müssen zu den Kosten des Maschinenparks, im Gegensatz zu den öffentlich-rechtlich Organisationen im Immobilienbereich, auch Fahrzeugkosten rechnen, welche kaum tiefer sein dürften als die Kosten für die Reinigungsmaschinen. Nicht nur, dass das ständige hin- und herfahren der privaten Anbieter Kosten, u. a. durch die unproduktive Arbeitszeit, verursacht, die irgendwie bezahlt werden müssen; so ist es auch höchst unökologisch.

Der grösste Kostenfaktor bei privaten wie öffentlichen Arbeitgebern sind aber die Personalkosten. Reinigungsarbeit wird grösstenteils durch Menschen und nicht durch Maschinen erbracht. Da in diesem Bereich das grösste Sparpotential liegt, müssen viele Reinigungsunternehmen dort ansetzen um den öffentlichen Arbeitgebern Konkurrenz machen zu können. Dies zeigen auch die aktuellen Mindestlöhne des GAV's. Eine Reinigungskraft im Bereich der Unterhaltsreinigung (Laufende Reinigung) hat ab 2009 einen Minimallohnanspruch zwischen CHF 16.70 und 17.20. Eine Reinigungskraft im Bereich der Spezialreinigung (Voraussetzung: Spezialkenntnisse) hat ab 2009 einen Minimallohnanspruch zwischen CHF 19.10 und 21.60. Beschränken sich Arbeitgeber auf die Bezahlung vom Minimallohn oder nur leicht darüber, kann man durchaus behaupten, dass Reinigungsmitarbeiter schlecht bezahlt sind. Öffentlich-rechtliche Arbeitgeber bezahlen eher etwas mehr. Laut der einfachen Lohnabelle des Kantons Schwyz, Stand 1.1.2009 kann der tiefste Lohn, also Lohnklasse 1, Lohnstufe E0, auf ca. CHF 22.00 angesetzt werden. Diese höheren Ansätze sind durchaus legitim. Nicht etwa wenn man mit anderen Branchen vergleicht, sondern wenn man berücksichtigt, wie viel ein vernünftig geführtes Leben in der Schweiz kostet und dies kennt wohl jeder aus eigener Erfahrung. Zudem muss man auch berücksichtigen, dass tiefe Löhne auch tiefe Beiträge an die Sozialversicherungen bedeuten. Das heisst, dass die Leistungsschwächeren zusätzlich negativ betroffen sind.

Aus den obigen Überlegungen gehe ich davon aus, dass Reinigungsunternehmen deshalb günstiger arbeiten als öffentliche Arbeitgeber, weil sie schlicht und einfach tiefere Löhne zahlen. Es darf aber nicht sein, dass die Allgemeinheit Kosten spart, indem sie einem Teil der Gesellschaft einen schlechten Lebensstandard aufzwingt, was schliesslich auch wieder zu tieferen Einnahmen der öffentlichen Hand führt. Deshalb dürfen sich die öffentlich-rechtlich angestellten Hauswarte und Reinigungsmitarbeiter nicht unter Druck setzen lassen. Sie müssen ihre Qualitäten analysieren und gegenüber ihren Vorgesetzten kommunizieren können. Das Problem dabei ist, dass sie es sich oft nicht gewohnt sind, ihren Standpunkt sachlich fundiert zu vertreten. Aber wer nicht bereit ist, sich mit diesem Problem auseinanderzusetzen, geht die Gefahr ein, dass er seinen Stellenwert bei der Arbeit verliert und im schlimmsten Fall sogar sozial absteigt.

Markus Market, Vorstandsmitglied HFI